



Gruppenvereinbarung der Hamelner Ratsfraktionen

Bündnis 90/Die Grünen, FDP und SPD

Stand: 13. Oktober 2006

Präambel

Basierend auf den Wählerstimmen vom 10. und 24. September 2006 vereinbaren die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der SPD im Rat der Stadt Hameln für die Wahlperiode 2006 bis 2011 die politische Zusammenarbeit.

Sinn dieser Zusammenarbeit ist es, eine verlässliche, bürgerfreundliche, zukunftsorientierte und nachhaltige Kommunalpolitik für Hameln zu gestalten, unter Beachtung der finanzpolitischen Möglichkeiten.

Zielsetzung der Gruppenbildung ist die Stärkung der Einflussmöglichkeiten und die Sicherstellung gemeinsam getragener Mehrheiten in den Ratsgremien und den Gremien sonstiger Art.

Bei Wahrung der jeweils parteitypischen Identität bringen sich die Gruppenpartner in die gemeinsame kommunalpolitische Arbeit für die Zukunft unserer Stadt und zum Wohle ihrer Bürgerinnen und Bürger ein. Alle anstehenden Entscheidungen sollen im Sinne einer vertrauensvollen, vom gegenseitigen Respekt getragenen Partnerschaft, unter größtmöglicher Bürgerbeteiligung, diskutiert und getroffen werden.

I. Organisatorischer Teil

- a) Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, FDP und SPD bilden im Rat der Stadt Hameln eine Gruppe. Gruppensprecher ist der Fraktionsvorsitzende der SPD, gleichberechtigte Stellvertreter die Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktionsvorsitzende der FDP.
- b) Die Fraktionen führen Ihre Arbeit und Sitzungen selbständig durch. Gemeinsame Gruppensitzungen werden auf Wunsch einer Fraktion einberufen. Diese sollen vor den VA und Ratssitzungen stattfinden. Gemeinsame Gruppensitzungen bzw. gemeinsame Informationsveranstaltungen finden darüber hinaus zu grundsätzlichen kommunalpolitischen Problemen statt.
- c) Begleitet wird die gemeinsame Arbeit durch einen Gruppenausschuss (Zusammensetzung: 2 Bündnis 90/Die Grünen, 2 FDP, 3 SPD; jeweils Fraktionsvorsitzende und Stellvertreter/Vertretung möglich).

Die Aufgabe des Gruppenausschusses besteht darin, für eine gute Zusammenarbeit auf der Grundlage dieser Vereinbarung zu sorgen, frühzeitige Absprachen zu Sachthemen zu treffen, gemeinsames Auftreten/Abstimmverhalten sicherzustellen und Pressegespräche zu koordinieren bzw. gemeinsame Pressegespräche zu veranlassen.

Neuorganisationen in der Verwaltung und Neubesetzung von frei werdenden Positionen in der Stadtverwaltung sind grundsätzlich im Gruppenausschuss zu verhandeln.

Der Ausschuss trifft sich - sofern keine Gruppensitzung stattgefunden hat - zur Vorbereitung von VA- und Ratssitzungen sowie nach Bedarf auf Wunsch einer Fraktion.
- d) Zur Vorbereitung von Ausschusssitzungen treffen sich die Gruppenmitglieder jeweils vor den Sitzungen.
- e) Auf Wunsch eines Partners (Beratungsbedarf) unterstützen die anderen Partner Anträge zur Verschiebung einer Sachentscheidung in den Gremien auf den nächsten Sitzungstermin.
- f) Eventuelle Fraktionsanträge sind mit den Partnern zeitgerecht abzustimmen; Gruppenanträge werden angestrebt.
- g) Abweichendes Abstimmverhalten der Partner in besonderen Einzelfällen ist ebenfalls zeitgerecht anzuzeigen und abzuklären.
- h) In Einzelfällen ist ersatzweise auch eine gegenseitige Unterrichtung/Abklärung/Abstimmung durch die Fraktionsvorsitzenden möglich.

II. Politischer Teil/Sachthemen

1. Jugend und Soziales / Schulen

- Ausbau Kitas vom ersten Lebensjahr an.
- Kindergartengebühren auf niedrigem Niveau halten.
- Mehr gute pädagogische Konzepte und mehr Qualität durch Zusammenarbeit mit Kitas und Grundschulen.
- Drittes Kita-Jahr frei unter der Voraussetzung, dass Landesmittel „fließen“.
- Bei der Zentralen Erfassungsstelle für Kitas soll der Status quo erhalten bleiben.
- Runder Tisch Kita (Welchen Zweck hat er für Politik und wer sollte Federführung haben? Gespräch: Fraktionen + Verwaltung).
- Runder Tisch für mehr Ausbildungsplätze.
- Konzept Fundraising für die „Stiftung für Hamelner Bürger“ erstellen (siehe auch Punkt 7.).
- Schulsanierungen fortführen gemäß 10-Jahres-Konzept/Prioritäten setzen.
- Fachräume sanieren gemäß 3-Jahres-Beschluss des Schulausschusses.
- Mensen ausbauen (siehe Vorlage: „Schule vom Lern- zum Lebensort“).
- Extrabudget für FB Jugend- Sport- und Soziales sowie Kultur (je 6.000 Euro) beibehalten. Berichtspflicht in jeder Ausschusssitzung: wie hoch ist der Stand der Mittel?
- Jugend-, Sport- und soziale Einrichtungen sowie bestehende Kultureinrichtungen weiter fördern, keine Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen (Frage: Wie kann die demografische Entwicklung stärker berücksichtigt werden? - Mehrgenerationen-Projekte?).
- Regionales Bäderkonzept erstellen - Investor? (Sicherstellung des Schulschwimmens/Bessere Organisation der Stundenpläne/Optimierung des verbleibenden Bestandes). Was wird aus dem Südbad bei Realisierung der Südumgehung? Sport- und Erholungsgebiet „Tündernsee“ positiv begleiten.
- Seniorenbeirat mit den Belangen der Menschen mit Behinderungen „verzahnen“.
- Senioren- und Behindertenbeirat - eventuell umbenennen.

2. Stadtentwicklung

- Fußgängerzone als „kleinere Lösung“ mit Beteiligung der Immobilienbesitzer (1b-Lagen nicht vergessen).
- Kann die „Zeitschiene“ bei den Arbeiten in der Fußgängerzone bis zur Eröffnung der Stadtgalerie eingehalten werden?
- Ziel: Stärkung der Hamelner Innenstadt als Einkaufs- und Erlebnisstadt auch als „Magnet für den Tourismus“.
- Sauberkeit in der Stadt - Reinigung am Sonntag.
- Stadtkonzept für den gesamten Altstadtring unter Einbezug der alten Feuerwache (Investor suchen/mögliche Nutzungen: Hotel/Sozialzentrum/Markthalle?).
- Attraktivität der Altstadt steigern:
z. B. Standort Wilhelmstraße/Deisterallee; Baustraße und alte Post dito.
- Leerstandsmanagement (Kooperation zwischen HMT/Stadt Hameln/IHK anstreben).
- Einbeziehen von Privaten zur Immobilienvermarktung - damit Freisetzung von Verwaltungspersonal zugunsten Wirtschaftsförderung?
- Wirtschaftsförderung: Bestandspflege betreiben bei den Unternehmen vor Ort; verstärkt auf Dienstleistung, Tourismus und Erneuerbare Energien setzen.
- Wie können qualitätsvolle Nachnutzungen von Gewerbebrachen und Industriegebieten ermöglicht werden?
- Entwicklungsplan für das Weserufer von Wehrbergen bis Tündern (Naturschutzbereiche an der Weser schützen) Leitmotiv: Hameln - Stadt an der Weser.

- Gelände ehemals Holz-König: keine Wohnbebauung! - Jugendherberge?
- Modernisierung des Museum - mit Fördermitteln des Landes und der EU (nötige Sanierungskosten beachten) (zeitliche Perspektive!!!).

3. Arbeit, Wirtschaft und Tourismus

Arbeit ,Wirtschaft, Wirtschaftsförderung

- Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen durch: Beratung, Förderung und Unterstützung von Firmengründern, Beratung und Unterstützung heimischer Unternehmen (Bestandspflege), eine offensive Werbung um Gewerbe- und Industrieansiedlungen (Schwerpunkt: Erneuerbare Energien).
- Unterstützung von Institutionen bei der Qualifizierung von Arbeitslosen (z. B. Impuls/JWH).
- Günstige Rahmenbedingungen für Handel, Handwerk und Gewerbe erhalten (Gewerbesteuer/Energiekosten/Abwassergebühren).
- Die Mittelzentrumfunktion von Hameln in enger Kooperation mit Handel, Handwerk und Wirtschaft stärken.
- Eine Modellregion für erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe mit attraktivem Messe-Standort (z. B. Solarenergie) entwickeln.
- Das städtische Eigentum zum Vorteil unserer Bürgerinnen und Bürger erhalten (z. B. Energie- und Wasserversorgung, ÖPNV, HWG, Abwasser, Stadtwald).
- Parkplatzangebot sinnvoll bewirtschaften.

Ausbau erneuerbaren Energien

- Es soll ein Ausschuss „Energie und Umwelt“ eingerichtet werden. Ziel: Die Steigerung der regionalen Wertschöpfung erreichen und Arbeitsplätze in HM schaffen (Geld für extern eingekaufte Energie soll nicht mehr abfließen).
- z. B. Genossenschaftliche Bioenergiedörfer, Bürgersolardächer
- Energieeinsparung; Energieeffizienz.
- Energetische Gebäudesanierung der Schulen und anderer städtischer Immobilien (Contracting).
- Energieberatung über die Verwaltung/GWS anbieten (od. extern?).
- Solarförderprogramm fortsetzen (Etatansatz wird im Haushalt einvernehmlich geregelt).
- Objektbezogene Baumschutzsatzung bleibt bestehen (Status quo).

Tourismus und Stadtmarketing

- Hameln als Stadt an der Weser positionieren.
- Die Flussromantik links und rechts der Weser für Hameln nutzen und vermarkten.
- Hameln als Einkaufs- und Erlebnisstadt mit der Hamelner Marketing und Tourismus GmbH und der Unterstützung des Stadtmarketing besser präsentieren.
- Touristische Infrastruktur ausbauen: Angebote für Erholungsurlauber schaffen, wie z. B. Wohnmobilplätze.
- Sport und Erholungsregion „Tündernsee“ positiv begleiten.
- Die Sauberkeit der Stadt verbessern.

4. Mobilität

- Prüfauftrag an Verwaltung: Zusätzliche Haltestelle „Süntelstraße“ Eurobahn (Behördenzentrum).
- Optimierung Busnetz.
- Schließung der Lücken des Radverkehrsnetzes unter Ausnutzung aller möglichen Zuschüsse (Landes- und EU-Mittel).
- Den GVH-Tarif auf Einzelfahrscheine ausweiten.

5. Mehr demokratische Teilhabe und Transparenz bei der Kommunalpolitik

- Bürgerfragestunde in den Fachausschüssen vorziehen (in neuer Geschäftsordnung berücksichtigt).
- Bestand der Ortsräte bleibt bestehen (Anzahl der OR-Mitglieder bleibt unverändert).
- Zusätzlich wird die Verwaltung beauftragt, praktikable Lösungen zu suchen, um die Kernstadt zu stärken und auch hier mehr Basisdemokratie für die Bürgerinnen und Bürger anzubieten. Ziel u.a.: Wahlbeteiligung zu stärken und zu verbessern; dazu überparteiliche Arbeitsgruppe einrichten.

6. Finanzen und Haushaltskonsolidierung

- Hohe Ausgabendisziplin und weitere verantwortungsvolle Konsolidierungsmaßnahmen sind gefragt. Die Verwaltungsreform nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten weiterentwickeln (u.a. Bilanzierung des städtischen Vermögens). Weiterführung der Haushaltskonsolidierung und Fortsetzung des Konsolidierungsausschusses. Interkommunale Zusammenarbeit verstärken. „Bürgerhaushalt“: Die Kosten unserer Einrichtungen für unsere Bürgerinnen und Bürger verständlich und transparenter machen.
- Gewerbesteuer und Grundsteuer nicht erhöhen.
- keine Initiative seitens des Rates zu einer Straßenausbau-Beitragssatzung für Hameln (Gesetzliche Regelungen, die uns verpflichten, ausgenommen).
- Moderne Finanzierungsmöglichkeiten nutzen.
- Interkommunale Zusammenarbeit entwickeln und fördern.

7. Arbeitssitzungen/Informationsveranstaltungen

zu folgenden Themen werden als Gruppensitzungen verbindlich vereinbart:

- 1.) „Sparkassen als kommunaler Wirtschaftsfaktor“
(Arbeits-/Informationsveranstaltung mit dem Ziel, ein gemeinsames Arbeitspapier zu erarbeiten. Zeitplanung: Nov./Dez. 2006 - Veranstaltungsplanung und externe Referenten: Grüne)
- 2.) „Integration für Menschen mit Behinderung“
(Arbeits-/Informationsveranstaltung mit dem Ziel, ein gemeinsames Arbeitspapier zu erarbeiten. Zeitplanung: Jan./Febr. 2007 - Veranstaltungsplanung und externe Referenten: FDP)
- 3.) „Integration für Menschen mit Migrationshintergrund“
(Arbeits-/Informationsveranstaltung mit dem Ziel, ein gemeinsames Arbeitspapier zu erarbeiten. Zeitplanung: März/April 2007 - Veranstaltungsplanung und externe Referenten: SPD)

Eine weitere Arbeits-/Informationsveranstaltung zum Thema „Stiftungswesen“ soll folgen.

Hameln, den 18. Oktober 2006

für Bündnis 90/Die Grünen:

für die FDP:

für die SPD:

Ursula Wehrmann
Fraktionsvorsitzende

Hans Wilhelm Güsgen
Fraktionsvorsitzender

Uwe Schoormann
Fraktionsvorsitzender